Volkswirtschaft

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa**

Band (Jahr): **89 (1982)**

Heft 11

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Volkswirtschaft

Die Zukunft der europäischen Industrie

Würde man die Aussichten der europäischen Industrie ausschliesslich auf Grund der bisherigen Entwicklung beurteilen, so gelangte man fast unweigerlich zu sehr pessimistischen Folgerungen. Schon in den Dreissigerjahren ereignete sich in der englischen Baumwollindustrie so etwas wie eine Katastrophe, weil die Textilien aus dem Land der aufgehenden Sonne mit Erfolg einen Verdrängungswettbewerb eröffneten. Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebten andere alte und «klassische» Branchen ein ähnliches Schicksal: Die Stahlindustrie sah sich zum Schrumpfen verurteilt, und der Schiffsbau geriet in eine schwere Depression. In der Automobilindustrie und bei den Kameras verzeichnete Japan sprunghaft steigende Marktanteile. In der Konsumelektronik und bei den Uhren waren die Europäer ausserstande, Schritt zu halten. Bei den Halbleitern und Robotern beteiligten sie sich kaum; ebensowenig waren sie in der Lage, auf den Märkten der Computer und Mikroprozessoren ein massgebliches Wort mitzureden.

Das alles hatte sicherlich damit zu tun, dass die Zeichen der Zeit nicht früh genug erfasst wurden. Es beruhte auch darauf, dass der seinerzeitige Entfernungsschutz, den die hohen Transportkosten geboten hatten, mehr und mehr dahinfiel. An seine Stelle trat in einer Reihe von Ländern auf Veranlassung der bedrohten Branchen ein künstlicher Protektionismus, der nur als Eingeständnis der Schwäche gewertet werden kann. Er wird sich auf die Dauer mit Bestimmtheit zuungunsten der betreffenden Zweige auswirken; das Beispiel des Uhrenstatuts in der Schweiz ist in dieser Hinsicht überaus aufschlussreich. Der Niedergang Grossbritanniens als Vormacht der ersten industriellen Revolution lässt Bedenken für die dritte derartige Revolution aufkommen, die sich in der Mikrobiologie und der Genforschung, in der Telekommunikation und der Mikroelektronik abspielen wird. Steht der industrielle «Untergang des Abendlandes» bevor?

Die Auseinandersetzung mit Japan

Die Diagnose ergibt eindeutig, dass Japan bis anhin der gefährlichste Wettbewerber war. Viele Anzeichen lassen vermuten, dass dem auch künftig so sein wird. Dieses Land, das um die Mitte des 19. Jahrhunderts noch völlig ausserhalb der Weltwirtschaft lebte, konzentrierte sich zunächst darauf, die westliche Technologie zu übernehmen und Imitationspolitik zu betreiben. Als dann der Stand des technischen Wissens ebenbürtig war, konnte es dazu übergehen, selbst Forschung und Entwicklung einzuleiten. Auch in dieser Beziehung erwies es sich als ungemein gelehrig – so sehr, dass es die europäischen Erzeugnisse allmählich sogar qualitativ überbot.

Heute ist die Innovationskonkurrenz gegenüber Europa voll entfesselt. Es zeigt sich, dass die japanische Fertigung nichts zu wünschen übrig lässt und dass auch überlegene Neuerungen auf den Markt kommen. Charakteristisch für die japanische Industriepolitik ist hierbei, dass im Gegensatz zu Europa alternde und schrumpfende Branchen ziemlich rücksichtslos preisgegeben werden und dass sich die Anstrengungen darauf richten, in zukunftsträchtigen Gebieten von Anfang an dabei zu sein.

Dies hat beispielsweise zur Folge, dass die Freisetzungen, die üblicherweise mit technischen Fortschritten verbunden sind, sich im Abendland häufen, während die Kompensationseffekte (das heisst die Schaffung neuer Arbeitsplätze) vornehmlich in Ostasien – neben den USA – in Erscheinung treten. Es ist deshalb kein Wunder, wenn in Europa die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt höher und die Wachstumsrate des Sozialprodukts niedriger ist als in Japan.

Die Konkurrenz der Schwellenländer

In zweiter Linie sind es Volkswirtschaften wie Südkorea und Taiwan, Singapur und Hongkong, die der europäischen Industrie Sorgen bereiten. Hier ist es vornehmlich die Preisunterbietung, die als Aktionsparameter eine Rolle spielt. Sie beruht ihrerseits darauf, dass die LohnStückkosten ausserordentlich niedrig sind und es wegen des reichlichen Angebots am Arbeitsmarkt wohl auch bleiben werden. Das Arbeitsethos ist noch ungebrochen und die Bereitschaft, Schichtarbeit zu leisten, vorhanden. Weil so die Sachkapitalien voll ausgenützt werden, sind die durchschnittlichen Fixkosten niedrig. Beides zusammen erlaubt es, bescheidene Preise zu verlangen und dennoch auf die Rechnung zu kommen.

Es sind zur Hauptsache Produkte der Konsumgüterindustrie, die von den Schwellenländern angeboten werden, also etwa Schuhe und Anzüge, Spielwaren und Sportartikel, Nahrungsmittel und Möbel, aber auch Taschenrechner und Uhren. Japan lässt bereits in diesen Gebieten produzieren, wenn seine eigenen Löhne «zu hoch» geworden sind. Das Wirtschaftswachstum ist in diesen jungen Industrieländern im allgemeinen verblüffend hoch, und es ist anzunehmen, dass es für einige Zeit so bleiben wird. Freilich macht sich bereits eine neue Generation von Volkswirtschaften auf, in die Fussstapfen dieser «Wirtschaftswunderländer» zu treten und auf dem Weltmarkt Furore zu machen. Denn vergessen wir nicht: Die Dritte Welt hat sich ausdrücklich zum Ziel gesetzt, im Jahre 2000 25% der gesamten Industrieproduktion zu bestreiten.

Die Multis und der Binnenmarkt

Die bisherige Analyse scheint die Folgerung nahezulegen, dass nicht bloss Vergangenheit und Gegenwart, sondern auch die Zukunft für die europäische Industrie alles andere als rosig ist. Dennoch wäre dieser Schluss voreilig. Es gibt nämlich auch europäische multinationale Unternehmungen, die nicht bloss zuhause, sondern auch in anderen Kontinenten tätig sind und die sich durchaus zu behaupten vermögen. Ja, es zeigt sich sogar, dass ihre Umsätze rascher zuzunehmen pflegen als die Bruttosozialprodukte der einzelnen Länder. Ihre Wettbewerbsfähigkeit ist mithin keineswegs in Gefahr. Sie sind sowohl in bezug auf die Produkte wie hinsichtlich der Absatzgebiete stark diversifiziert. Sie haben Zutritt zu jenen Kreditmärkten, in denen sie sich ihre Finanzmittel am billigsten beschaffen können. Ihre Forschung und Entwicklung ist auf dem neuesten Stand. Von einer Verdrängungsgefahr kann keine Rede sein.

Daneben existieren in Europa Branchen, die ihrer ganzen Natur nach mehr oder minder standortsgebunden sind, weil zum Beispiel die Transportkosten stark ins Gewicht fallen. Ausserdem bleibt zu beachten, dass für andere der Binnenmarkt längst nicht mehr so klein ist wie in früheren Zeiten, so dass sie sehr wohl die optimale Betriebsgrösse mit den niedrigsten Stückkosten zu erreichen vermögen. Die Zahl der ohne Zollhindernisse erreichbaren Konsumenten übersteigt bekanntlich in Westeuropa 300 Millionen, und sie wird mit der Ausdehnung der Europäischen Gemeinschaft nach Süden noch grösser. Damit sind Verhältnisse geschaffen, die denjenigen in den USA ebenbürtig sind, auch wenn gewiss beim Zahlungsverkehr zeitweilig Schwierigkeiten auftreten und die Abschliessungstendenzen nicht restlos beseitigt sind. Jedenfalls: die auf diesen Binnenmarkt ausgerichteten Branchen werden im wesentlichen erhalten bleiben.

Die Exportwirtschaft und die Investitionsgüterindustrie

Grösseren Bedrohungen ausgesetzt ist demgegenüber die exportierende Industrie und sind jene Zweige, die mit Importgütern aus Japan oder den Schwellenländern im Wettbewerb stehen. Immerhin: Schon die Tatsache, dass eine Firma exportfähig ist, deutet darauf hin, dass ihre Produkte auch ausserhalb der Landesgrenzen Beachtung finden. Dies gilt verständlicherweise weniger für standardisierte Massengüter als für Spezialitäten. Und solche Besonderheiten finden sich unter den Maschinen und Werkzeugmaschinen, bei den Instrumenten und Apparaten. Für sie ist oft der Bedarf gering, und es drängt sich auf, dass der gesamte Weltmarkt als «relevanter Markt» gilt. So ist es denn keineswegs selten, dass selbst mittlere Betriebe über einen hohen Weltmarktanteil verfügen.

Freilich sind derartige Firmen wegen ihrer fehlenden Diversifikation ständig in Gefahr, durch einen technischen Fortschritt überholt und ausgeschaltet zu werden. Sie müssen sich daher fortgesetzt anstrengen, immer aufs neue an der Spitze zu bleiben und eine Nasenlänge Vorsprung zu bewahren. Das sollte indessen in Europa und im besonderen in der Schweiz auch möglich sein. Gewiss ist das Betriebsklima in Japan dadurch gekennzeichnet, dass alle Mitarbeiter bestrebt sind, Verbesserungen zustande zu bringen. Doch sind die Japaner ihrer ganzen Natur nach «Kollektivisten». Durchschlagende Erfindungen werden aber in aller Regel von Einzelnen mit ihrer spezifischen Kreativität erzielt. Und an solchen Typen mangelt es im Abendland nicht im geringsten. Symptomatisch dafür ist etwa der Umstand, dass die schweizerische Bilanz der Lizenzzahlungen und der Lizenzeinnahmen aus Patenten einen jährlichen Überschuss von mehreren Milliarden Franken aufweist.

Hoffnungsschimmer

Geht schon daraus hervor, dass die Lage durchaus nicht aussichtslos ist, so wird die optimistische Einschätzung noch weiter unterstützt durch ganz konkrete Fälle, in denen es gelang, selbst der japanischen Konkurrenz erfolgreich die Stirn zu bieten. Verwiesen sei etwa auf eine Firma wie Revox, die selbst im hartumkämpften Markt der Konsumelektronik eine führende Stellung behauptet. Bei Wild (Heerbrugg) trifft dasselbe im Bereich der Vermessungsgeräte und Mikroskope zu. Hochwertige Uhren aus der Schweiz finden sogar in Japan ihre Abnehmer. Bei Heilmitteln ist der Rang der Basler Chemie unangefochten. Ja, es gibt sogar europäische Automobilfabrikanten, die die Rezession nicht verspürten.

All diesen Beispielen ist gemeinsam, dass der Veredlungsgrad ausserordentlich hoch ist, dass also die Materialkosten im Vergleich zum hinzugefügten Mehrwert wenig bedeutungsvoll sind und dass es ausgeprägter Qualifikation der beteiligten Fachleute bedarf. Know-how und Software spielen eine dominierende Rolle. Forschung und Entwicklung werden gross geschrieben. Schöpferische Fähigkeiten sind von zentraler Bedeutung. Warum sollte es aber nicht möglich sein, dass innovatorische Potential zu mobilisieren, das in der eigenen Bevölkerung vorhanden ist? Nur darf man natürlich nicht einschlafen und sich hinter einem Schutzwall des Protektionismus verschanzen. Stattdessen muss der Fehdehandschuh aufgenommen und die Herausforderung akzeptiert werden. Unhaltbare Positionen sind rechtzeitig preiszugeben, und die Umstellung auf die zukunftsträchtigen Richtungen ist voranzutreiben. Dann braucht uns vor einem industriellen Untergang des Abendlandes nicht bange zu sein.

«Aus dem Wochenbericht der Bank Julius Bär»

Weltweite Wachstumsschwäche

Präsidialansprache von Herrn Dr. Louis von Planta
an der ordentlichen Delegiertenversammlung
des schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins in Zürich

Wirtschaftliche Probleme sind heute Hauptthemen der öffentlichen Diskussionen und beschäftigen auch alle politischen Instanzen. Wir stehen vor der Tatsache, dass in den meisten Ländern das Wirtschaftswachstum stagniert und dass negative Zahlungsbilanzen und hohe Inflationsraten zur Tagesordnung gehören. Die Folgen sind Arbeitslosigkeit, zunehmende Betriebsschliessungen, Investitionsunlust und damit Überalterung des Produktionsapparates. Die Regierungen machen in dieser Situation vielfach einen gespaltenen und oft hilflosen Eindruck. Die allgemeine Unsicherheit führt in breiten Kreisen zu Resignation und Pessimismus. Dass unter solchen Voraussetzungen die Investitionstätigkeit der Wirtschaft nachlässt, ist verständlich, denn Investitionen basieren immer auf Erwartungen, und diese liegen zur Zeit nicht günstig. Damit ist aber weltweit die Wirtschaftsmaschinerie ins Stocken geraten. Er herrscht unter den Sachverständigen Uneinigkeit über Ursachen und Wirkung und deshalb auch keine klare Meinung über die zur Wiederankurbelung der Wirtschaft zu treffenden Massnahmen. Dabei besteht die Gefahr, dass jedes Land seinen eigenen Weg geht und die internationale Zusammenarbeit und Solidarität gefährdet werden. Naturgemäss ist man immer versucht, Schuldige zu finden, und es liegt auf der Hand, dass man der Wirtschaft, d.h. den Verantwortlichen einzelner Unternehmungen, oder dem Wirtschaftssystem die Verantwortung für die derzeitigen Zustände zuschieben will. Dabei wird unbewusst, zum Teil aber auch bewusst übersehen, dass eine Wirtschaft nur florieren kann, wenn die Umwelt die dazu notwendigen Voraussetzungen bietet. Für diese Umwelt sind aber in erster Linie die politischen Instanzen verantwortlich. Zu lange wurde in vielen Ländern die Wirtschaft als Automat behandelt, der Ertrag produzieren und Arbeitsplätze schaffen und garantieren soll,

dem man aber gleichzeitig alle beliebigen Auflagen machen kann. Dadurch ist die Wirtschaft in den letzten Jahren vielerorts überfordert worden, und jetzt wird die Rechnung für in der Vergangenheit begangene Fehler präsentiert.

Die Schweiz im Sog der Weltwirtschaftsflaute

Ich möchte heute davon absehen, eine weitere Analyse der allgemeinen Lage vorzunehmen und damit eine zusätzliche unmassgebliche Meinung den vielen, bereits bekannten beizufügen. Was uns heute interessiert, sind hauptsächlich zwei Fragen, nämlich:

- Wie wird die schweizerische Wirtschaft durch die allgemeine wirtschaftliche Situation beeinflusst?

Und:

- Was müssen die Schweiz und ihre Wirtschaft tun, um diese Krisenlage meistern zu können?

Bei der Beantwortung dieser Fragen ist realistischerweise davon auszugehen, dasss wir weltweit in eine Periode des wirtschaftlichen Nullwachstums geraten sind und dass diese Periode möglicherweise längere Zeit wird andauern können.

Was bedeutet nun für ein exportorientiertes und exportabhängiges Land wie die Schweiz dieser Zustand des Nullwachstums in der Weltwirtschaft? In einer Phase der Stagnation zeigen sich auf vielen Gebieten Überkapazitäten. Die Notwendigkeit der Kapazitätsausnützung erhält Priorität, und als deren Folge tritt eine Verschärfung der allgemeinen Konkurrenzverhältnisse ein. Wegen der bestehenden Zahlungsbilanzprobleme bemühen sich die meisten Länder, sowohl die Einfuhren zu drosseln wie auch die Ausfuhren zu forcieren. Da dabei Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, macht sich ein verstärkter Interventionismus und Protektionismus durch den Staat bemerkbar. Durch solche Massnahmen wird der freie Konkurrenzkampf künstlich eingeschränkt, wobei die heute zur Anwendung gelangenden Mittel neuartig und durch die traditionellen GATT-Regelungen nicht abgedeckt sind. Dass solche Massnahmen inflationsfördernd sein können und auch die Währungsrelationen beeinflussen, liegt auf der Hand. Der Gedanke der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wird durch nationalen Egoismus überdeckt, wirtschaftspolitische Willkür macht sich breit, und Spannungen entstehen zwischen grossen Wirtschaftsblöcken USA, Japan und Europäischer Gemeinschaft, die zu einem Wirtschaftskrieg ausarten könnten.

Diese Entwicklungen zeigen ihre Auswirkungen bereits deutlich auch in der schweizerischen Wirtschaft. Eine Verlangsamung und teilweise schon eine Stagnation der wirtschaftlichen Tätigkeit lassen sich feststellen. Am stärksten betroffen ist momentan die Exportindustrie. Es muss aber auch mit Rückwirkungen auf die Inlandindustrie gerechnet werden. Immerhin ist unsere Ausgangslage, was die äusseren Indikationen anbetrifft, noch vergleichsweise günstig. Wir haben zur Zeit noch eine geringe Arbeitslosigkeit, allerdings mit ansteigender Tendenz. Unsere Inflationsrate ist zwar für schweizerische Verhältnisse hoch, im internationalen Vergleich jedoch bescheiden. Unsere Leistungsbilanz ist positiv, und wir haben bis heute eine soziale Konfrontation vermeiden können. Die Industrie ist aber verletzlich, denn insgesamt ist ihre Ertragslage ungenügend, und weitere Rückschläge können rasch eine wesentliche Verschlechterung der Situation bringen. Bei der herrschenden Konkurrenzlage lassen sich zusätzliche Kostensteigerungen, woher sie auch immer rühren mögen, nicht mehr abwälzen. Sogar bei den heute noch rentablen Betrieben ist die Spanne zwischen schwarzen und roten Zahlen klein geworden.

Neue Strategien notwendig

Da die äusseren Entwicklungen weder von unserer Regierung noch von unserer Wirtschaft beeinflusst werden können, stehen wir ganz einfach vor der Frage: Wie sollen wir uns auf den von uns selber beeinflussbaren Gebieten verhalten, damit unsere Wirtschaft die Periode des Nullwachstums möglichst unbeschadet überleben kann? Die Zielsetzung ist klar: Wir wollen nach Möglichkeit unsere Vollbeschäftigung und gleichzeitig auch unsere bestehenden sozialen Institutionen aufrechterhalten. Ebenso wollen wir sicherstellen, dass der schweizerische Produktionsapparat auf die Zukunft ausgerichtet ist und modern bleibt, damit wir den Anschluss an die technologischen Entwicklungen nicht verlieren. Von vornherein müssen wir staatliche Impulsprogramme als Lösungsmöglichkeit ausschliessen. Solche können vielleicht punktuell gewisse Erleichterungen bringen, sie lösen aber das Problem nicht.

Jahrzehntelang konnten wir Inflation und alle übrigen Kostensteigerungen wenigstens teilweise durch eine Erhöhung der Umsätze kompensieren. Da nun diese Kompensationsmöglichkeiten dahinfallen, brauchen wir neue Strategien, die von allen am Wirtschaftsgeschehen beteiligten Partnern, nämlich Staat, Unternehmern und Gewerkschaften, mitgetragen werden sollten. Es gilt, klare Prioritäten zu setzen, wobei wir von folgenden Gegebenheiten ausgehen müssen:

Wenn wir unsere Zielsetzungen erreichen wollen, brauchen wir eine Infrastruktur, die den Unternehmungen eine echte Wertschöpfung als Voraussetzung für die Rückgewinnung der notwendigen Ertragsfähigkeit gestattet. Diese Infrastruktur muss die Möglichkeit des industriellen Wandels beinhalten, denn neue Arbeitsplätze in der Industrie werden vornehmlich durch neue Produktionen geschaffen, während alte Produktionen im besten Fall Arbeitsplätze konservieren können. Die Infrastruktur muss deshalb auf einer offensiven und nicht einer defensiven Konzeption beruhen.

Wachstum null ist nur eine Richtzahl, die sich auf ganze Volkswirtschaften bezieht. Innerhalb dieser Volkswirtschaften gibt es immer einzelne Zweige, die trotz der allgemeinen Stagnation ein echtes Wachstum aufweisen, denn auch bei Nullwachstum ist ein Bedarf an Gütern und Dienstleistungen vorhanden, nur ist der Markt selektiver geworden. Man kann sich sogar denken, dass einzelne Volkswirtschaften eine über dem allgemeinen Durchschnitt liegende Leistung erbringen. Dies setzt aber voraus, dass produktemässig Besseres und Innovativeres zu konkurrenzfähigen Bedingungen geschaffen wird. Einfach ausgedrückt heisst dies, dass wir innovativer, besser und mehr arbeiten müssen, denn unsere eigentlichen Rohstoffe sind unsere Hände und unsere Köpfe.

Was können nun die einzelnen, für die Wirtschaft verantwortlichen Partner in der Schweiz zur Erreichung unserer Zielsetzung beitragen?

Optimale Rahmenbedingungen schaffen

In der Schweiz beschränkt sich die Aufgabe unserer Regierung auf die Schaffung optimaler interner und exter-

Elektronische Schussüberwachung — Eine Spezialität von Loepfe!

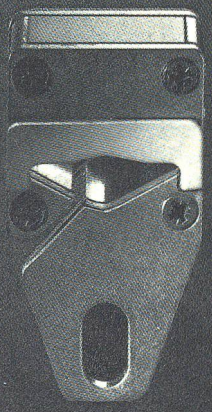
LE-2S, der neue Schussfühler für einschützige Webmaschinen. Eine neue Optik mit grossem Tastabstand. Spulenüberwachung ohne speziell präparierte Spulen unter schwierigsten Bedingungen.

NEUHEITEN

SW-10G DIGI, der digitale Schusswächter für Greiferwebmaschinen. Modernste Digital-Technik gewährleistet eine perfekte Überwachung von 1–8 Fäden, von Doppelschusseintrag und erfasst irrtümlich eingetragene Schüsse (Anti-2).

SFW-L MINI, der neue Tastkopf für Sulzer-Webmaschinen bringt noch mehr Sicherheit.

Die Überwachungszeit ist neu bis in die Rückzugsphase einstellbar.



1:1

LOEPFE

Nummer EINS in der elektronischen Schussüberwachung

Gebrüder Loepfe AG, Kastellstrasse 10, CH-8623 Wetzikon (Schweiz),
Tel. 01/930 32 32, Telex 875 389

ner Infrastrukturverhältnisse, denn gute Industrie-Politik heisst gute Infrastruktur-Politik. Unsere Aussenhandelspolitik muss den Kampf für die Freiheit der Märkte und gegen Diskriminierung fortsetzen, und unsere Notenbank muss sich für eine relative Stabilität der Währung einsetzen. Sowohl der Bundesrat mit den zuständigen Bundesämtern wie auch die Schweizerische Nationalbank haben sich schon in der Vergangenheit mit grossem Einsatz für diese Zielsetzung verwendet. Wir sind ihnen dankbar dafür, dass sie bereit sind, sogar noch unter erschwerten Bedingungen auch in Zukunft diesen Kampf weiterzuführen. Vor allem ist zu hoffen, dass die gegen Jahresende stattfindende GATT-Ministerkonferenz positive Ergebnisse zeitigen wird. Der Ausgang dieser Konferenz wird eine wichtige Signalwirkung haben.

Ich habe bereits erwähnt, dass auf dem Gebiet der Konkurrenzverzerrungen neue Wege eingeschlagen werden. Hierunter fällt die Exportfinanzierung. Im Hinblick auf die schlechte finanzielle Situation vieler, für die Schweiz wichtiger Absatzländer spielt sich der Konkurrenzkampf immer weniger mit den klassischen Mitteln der Produkte und der Preise ab; im Vordergrund steht die Frage der Finanzierung. Wir haben das für die schweizerische Exportindustrie äusserst wichtige Instrument der Exportrisikogarantie. Trotz der derzeitigen Schwierigkeiten sollten Mittel und Wege gefunden werden, dieses Instrument wirksam zu erhalten. Aber neben der ERG stellt sich die brennende, heute noch ungelöste Frage der Finanzierung langfristiger Exportgeschäfte. Auch diese Frage muss zwischen den interessierten Partnern in einer Weise gelöst werden, die es den schweizerischen Unternehmungen gestattet, wenigstens mit einigermassen gleich langen Spiessen auf dem Weltmarkt kämpfen zu können.
Innenpolitisch müssen wir an unserer Stabilitätspolitik, d.h. am Kampf gegen die Inflation, festhalten, und in diesem Zusammenhang müssen auch unsere Behörden weiterhin auf ausgeglichene Staatsrechnungen dringen. Im übrigen kann ich nur wiederholen, was der Vorort seit Jahren immer postuliert hat, nämlich dass die Wirtschaft keine zusätzlichen Belastungen erträgt. Die Schweiz hat grosse Standortnachteile, die wir nicht ändern können, so unsere geographische Lage, die Beschränktheit unseres Marktes und der Mangel an eigenen Rohstoffen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass wir dank Innovation und besserer Arbeit diese Standortnachteile immer wieder überbrücken konnten. Warnen möchte ich jedoch in der heutigen Situation vor zusätzlich hausgemachten Standortnachteilen. Die meisten politischen Parteien haben in ihre Programme den Schutz der kleinen und mittleren Unternehmungen aufgenommen. Gewisse Parteien bekennen sich zum Ziel: Weniger Staat und mehr Eigeninitiative. Trotz dieser programmatischen Erklärungen stellen wir dauernd neue staatliche Eingriffe und Auflagen fest, die sich direkt oder indirekt kostenerhöhend auswirken und auf die Dauer der Wirtschaft ihren Lebenssaft, nämlich die Aufrechterhaltung der Rentabilität unter den veränderten Konkurrenzverhältnissen, abgraben. Ich denke hier nicht in erster Linie an die Steuerbelastung, sondern vor allem an Fragen im Zusammenhang mit Kartellpolitik, Preisüberwachung und teilweise direkter oder indirekter Preiskontrolle, Sicherstellung einer kostengünstigen Energieversorgung, Umweltschutz und falsch konzipierter Entwicklungspolitik.

Alle diese Massnahmen schränken den Freiheitsspielraum und damit die Manövrierfähigkeit der Wirtschaft zunehmend ein. Dabei ist das Gravierende nicht die Einzelmassnahme, sondern die Summierung der Massnahmen, die auf die Wirtschaft niederprasseln.

Die Aufgabe der Unternehmungen

Im Rahmen der ihr vom Staat belassenen Freiheitssphäre trägt die Wirtschaft, d.h. jede einzelne Unternehmung, die Verantwortung für die Lösung der derzeitigen Probleme und letztlich für die Gestaltung ihrer Zukunft. Diese Verantwortung drängt Massnahmen nach zwei Richtungen auf: Einerseits bezüglich Kostenreduktion im Interesse der Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit und anderseits hinsichtlich des innovativen Charakters und der Qualität der Produkte.

Die erstgenannten Massnahmen sind wohl eine Notwendigkeit, aber sie tragen einen defensiven Charakter. Sie können dazu dienen, kurzfristig zu überleben, hingegen bilden sie noch keine Basis für die Sicherstellung der längerfristigen Zukunft der schweizerischen Wirtschaft, und sie schaffen auch keine neuen Arbeitsplätze. Dabei muss man sich im klaren sein, dass der Rationalisierungsdruck mit dem Ansteigen der Kostenelemente wächst. Eine Gesundhaltung der Wirtschaft ist nur möglich, wenn die einzelnen Unternehmen, was die Schaffung und Vermarktung der Produkte anbetrifft, ihre innovative Kraft bewahren und ihren Produktionsapparat fortwährend der technologischen Entwicklung anpassen können, denn nur mit der Schaffung neuer Produkte und nur mit einem modernen Produktionsapparat können wir längerfristig der internationalen Konkurrenz standhalten und auf denjenigen Gebieten, die unserem Land und unserer Struktur adäquat sind, mit an der Spitze bleiben.

Einzig auf diesem Weg können wir auch in Zukunft unsere Vollbeschäftigung erhalten. Ein Einfrieren bestehender Strukturen aus dem Gedanken des Schutzes bestehender Arbeitsplätze heraus führt zwangsläufig zu einem Schrumpfungsprozess und damit zu Arbeitslosigkeit. Wir haben hiefür genügend Beispiele; denken wir doch nur an die europäische Stahlindustrie oder den Schiffsbau.

Selbstgefährdung von Arbeitsplätzen?

Man sollte eigentlich annehmen, dass die Gewerkschaften eine solche zukunftsgerichtete Politik bejahen würden, denn die Schaffung neuer Arbeitsplätze fällt in ihre Interessensphäre. Man sollte auch davon ausgehen können, dass sie die Tätigkeit der schweizerischen multinationalen Gesellschaften unterstützten. Bei der internationalen Verflechtung unserer Wirtschaft haben wir in unserem Land eine sehr grosse Zahl von Firmen, die unter diese Kategorie fallen, und zwar neben den wenigen grossen auch eine Vielzahl mittlerer und kleiner Unternehmungen. Gerade diese Gesellschaften sollten zu Trägern unserer künftigen Entwicklung werden. Die Haltung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes gegenüber den schweizerischen multinationalen Unternehmungen ist daher unverständlich und bedauerlich, denn sie läuft den Interessen der Gewerkschaftsbasis in verschiedener Beziehung zuwider. Die unablässigen Angriffe gegen die multinationalen Gesellschaften, also gegen die direkten und indirekten Arbeitgeber von Hunderttausenden von Gewerkschaftsmitgliedern, werden nicht ohen Folgen bleiben. Die Gewerkschaften verlangen durch politische und gesetzgeberische Massnahmen eine immer stärkere Behinderung der Geschäftsmöglichkeiten. Damit werden nicht nur die materiellen Verhältnisse der sich weltweit des höchsten Reallohns erfreuenden schweizerischen Arbeitnehmer, sondern auch deren Arbeitsplätze gefährdet.

Gesamtschweizerisch bedauerlich sind auch die fortgesetzten Bemühungen um eine weitere Senkung der Arbeitszeit unter vollem Lohnausgleich. Neuerliche Umfragen haben wiederum bestätigt, dass die Arbeitnehmer heute weit stärker an der Sicherung ihres Arbeitsplatzes interessiert sind als an anderen möglichen Erleichterungen. Sie erleben das Konkurrenz- und damit das Kostenproblem an ihren Arbeitsplätzen und haben daher auch weitgehend Verständnis für die Überlegungen der Arbeitgeber.

Viele Sachfragen sind leider zu weitgehend politischen Prestigeproblemen geworden. Wäre man bereit, an Beispielen anderer Länder zu lernen, so könnte man leicht feststellen, dass z.B. in unserem Nachbarland Frankreich die Arbeitszeitreduktion – trotz vorgenommener Abwertung des französischen Frankens – zu einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit geführt hat. Auch die in Europa wachsende Zahl von Konkursen – man braucht hier nicht nur an die AEG zu denken – sollte uns eine Warnung sein.

Aufrechterhaltung der Innovationskraft

Wenn ich im Zusammenhang mit den schweizerischen Standortproblemen darauf hingewiesen habe, dass unsere Hände und Köpfe unsere einzigen Rohstoffe darstellen, so geht daraus hervor, dass der Schutz des geistigen Eigentums für die schweizerische Wirtschaft von ganz besonderer Bedeutung sein muss. Zur Zeit wird die Revision der Pariser Konvention über den Schutz des geistigen Eigentums diskutiert. Aus Begehren der Entwicklungsländer, die vom kommunistischen Block unterstützt werden und die Sympathie seitens einiger industrialisierter Länder geniessen, droht eine Erosion des Schutzes des geistigen Eigentums. Es ist verständlich, dass sich politische Behörden kaum ein klares Bild über die Auswirkungen solcher Entwicklungen machen können, denn das Gebiet ist kompliziert und äusserst komplex, und dessen Behandlung verlangt viel Sachkenntnisse. Aber gerade für ein Land wie die Schweiz, das auf Innovation angewiesen ist und seine Innovation, nicht zuletzt im Interesse der Wirtschaftstätigkeit in der Schweiz, weltweit fruktifizieren muss, stellt der Schutz des geistigen Eigentums eine wesentliche Voraussetzung zur Aufrechterhaltung der Innovationskraft dar.

Innovation ist ein sehr teurer Rohstoff, und ebensowenig wie andere Länder bereit sind, ihre eigenen natürlichen Rohstoffe zu verschenken, können wir es uns leisten, unseren spezifisch schweizerischen Rohstoff mehr oder weniger kostenlos abzugeben. Kanada z.B. und auch europäische Länder denken nicht daran, ihre Rohstoffe, wie Öl und Gas, zu verschenken. Sie unterstützen aber das Verschenken des geistigen Eigentums, vielleicht weil sie selber auf diesem Gebiete weniger produktiv sind.

Neue Prioritäten in Forschung und Bildung

Im Hinblick auf die Bedeutung der Innovation für die Zukunft der schweizerischen Wirtschaft bin ich der Auffassung, dass wir auch in unserer eidgenössischen Forschungspolitik neue und klare Prioritäten setzen müssen. In diesem Sinne sollte die Politik des Wissenschaftsrates und vor allem des Nationalfonds neu überdacht werden. Wenn schon der Bund Mittel einsetzt, so sollten diese primär der Schulung unseres Nachwuchses dienen. Die Innovation in den Unternehmungen steht und fällt mit den dafür verantwortlichen Menschen. Schulung und Ausbildung dieser Menschen ist Sache unserer Universitäten und technischen Schulen. Wenn diese ihrer primären Aufgaben gerecht werden, so kann die industrielle Anwendungsforschung den Unternehmungen überlassen werden, da diese ihre hiefür erarbeiteten Mittel besser und zielgerechter einzusetzen vermögen. Aber auch innerhalb der Universitäten sind klarere Schwerpunkte notwendig, die auf die Zukunft und nicht auf die Vergangenheit ausgerichtet sind.

Es wird heute oft das Beispiel Japan zitiert. Ich bin persönlich nicht der Auffassung, dass wir das japanische Beispiel kopieren können, denn Japan hat eine von uns völlig unterschiedliche Kultur und Tradition. Hingegen können wir doch auf einzelnen spezifischen Gebieten von den Japanern lernen, so zum Beispiel was die Koordination der zukunftsgerichteten Forschung zwischen Staat, Wirtschaft und Universitäten anbetrifft.

Wir wissen, dass sich entscheidende Entwicklungen auf den Gebieten der Mikroelektronik und der Bioligie abzeichnen. Von diesen Entwicklungen werden in der Schweiz zwei tragende Industriezweige, nämlich die Maschinenindustrie und die chemisch-pharmazeutische Industrie betroffen. Beide Industriezweige waren bisher auf ihren Spezialgebieten weltweit führend. Wenn sie dies in einer nächsten Generation noch sein wollen, so muss heute der Nachwuchs dazu ausgebildet und geschult werden. Verpassen wir diesen Anschluss, so riskieren wir, in einer Generation statt zweier blühender Industriezweige zwei stagnierende oder vielleicht sogar absterbende Branchen zu haben. Dafür, dass dies keine leere Behauptung ist, haben wir in unserem eigenen Land Beispiele. Industriebranchen, die vor einer Generation noch starke und tragende Säulen unserer Wirtschaft waren, kämpfen jetzt mit Schwierigkeiten und machen einen Schrumpfungsprozess durch, nicht zuletzt weil sie ihren technologischen Vorsprung nicht halten konnten.

Diese Erkenntnisse sollten daher beherzigt werden, und wir müssen heute die entsprechenden Weichen richtig stellen. Man steht aber unter dem Eindruck, dass die Mittel des Staates zur Zeit unter politischem Einfluss nach dem Giesskannenprinzip verteilt werden: Nationale Programme, die vielleicht eine Bereicherung der Bibliotheken, für die Zukunft der Wirtschaft aber gar nichts bringen, gewinnen an Bedeutung und werden finanziert. Es geht nicht darum, mehr staatliche Mittel einzusetzen, sondern darum, diese besser und zukunftsorientierter zu verwenden.

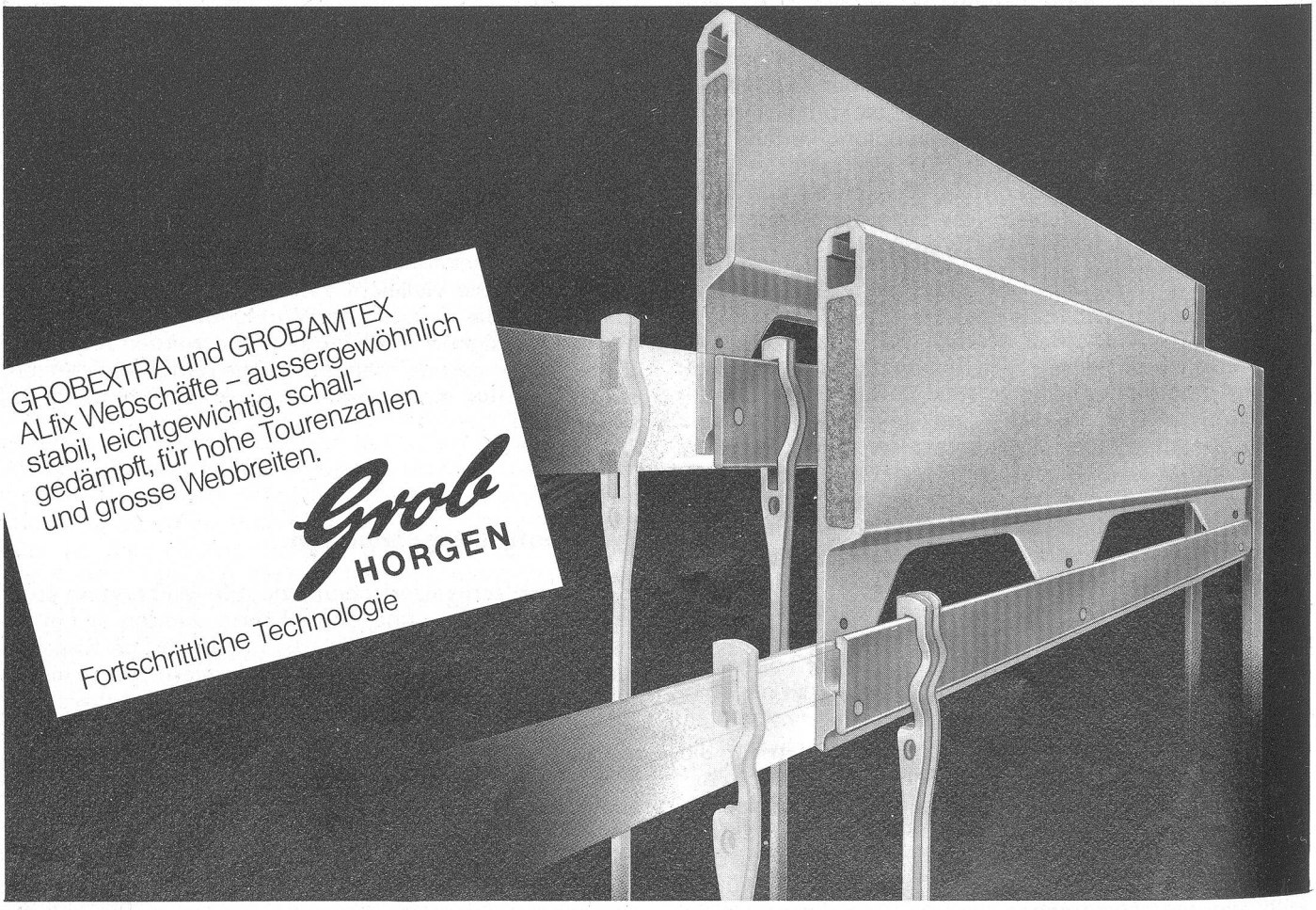
Zweifrontenkrieg vermeiden

In unserem schweizerischen Industrie-Milizsystem stekken starke Kräfte, und diese Kräfte werden sicherlich insgesamt in der Lage sein, die gegenwärtige Krisensituation auf schweizerische Art zu meistern und zu lösen. Wesentlich ist aber, dass wenigstens die schweizerischerseits beeinflussbaren Voraussetzungen für eine solche Lösung geschaffen werden. Wir haben es alle erlebt, wie gesunde Wirtschaften wegen Überbelastung aus politischen Gründen in kurzer Zeit ruiniert worden sind. Diese sind heute durch Schaden klüger geworden und versuchen nun, den Weg zurückzugehen. Wir sehen aber, wie schwierig, langwierig und schmerzhaft es ist, eine einmal zerrüttete Situation wiederum zu sanieren und das Rad zurückzudrehen.

SPINNEREI STREIFF AG
CH-8607 AATHAL
SWITZERLAND

Spinnerei und Zwirnerei
Telefon 01 932 32 92, Telex 875 468

Garne und Zwirne aus **Baumwolle:**	
gekämmt Langstapel	Ne 20–120
Mittelstapel	Ne 20–60
cardiert Mittelstapel	Ne 20–40/60
Rotorgarne	Ne 4–12
Lancofil Wolle/Baumwolle	Ne 24–40



GROB + CO AG, CH-8810 HORGEN, TEL. 01/725 24 22, TELEX 52 643

Garne

Gugelmann

Gugelmann spinnt

Baumwoll-Qualitätsgarne

– AK supergekämmt	Ne 12–40
– 3K supercardiert	Ne 8–30
– KK Open-End	Ne 6–10

Wollmischgarn «melanetta»
55% Wolle/
45% Baumwolle supergekämmt
– für Tricoteure Nm 24–56

Gugelmann färbt

eigene Garne, sowie Fremdgarne im Lohn, auf Kreuzspulen, unbegrenzte Farbpalette, beste Echtheiten, nuancenkonform

Gugelmann zwirnt

Rohgarne, gefärbte Garne und im Lohn, knotenarm

Gugelmann handelt

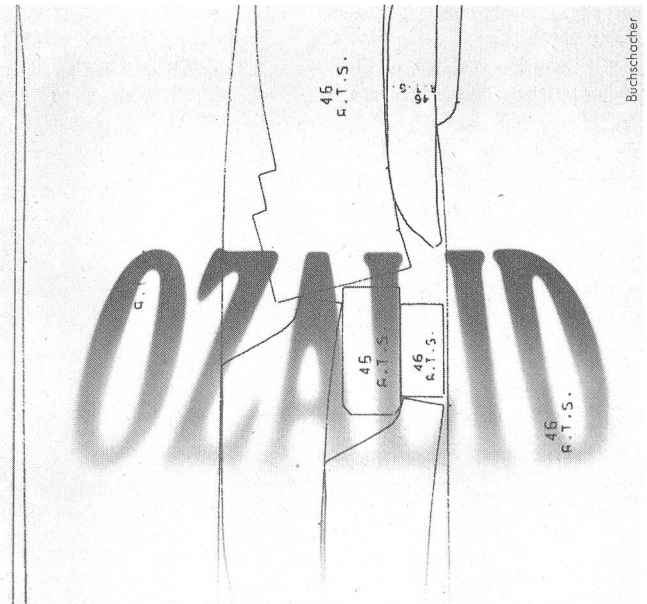
Gespinste für HAKA – Storen und Deko – Polyester texturiert – gasiert – mercerisiert

Besser geht's mit Gugelmann-Garnen

für Plüsch – Unterwäsche – Oberbekleidung – Haushalt – Teppichgarne – Kleiderstoffe – Deko

Gugelmann & Cie. AG, Roggwil BE

Postadresse: Postfach, 4900 Langenthal
Telefon 063/48 12 24
Telex 68 142 gtex ch



. . . und was hinter diesem kompetenten Namen steht: das umfassende Angebot an Kopier- und Übertragungsverfahren, an Papieren und Lichtpausmaschinen speziell für den Zuschnitt. Inklusive unverbindliche Kundenberatung, inklusive heisser Draht für Fachauskünfte (Tel. 01/62 71 71). Und das alles zu Preisen, die auch bei Licht besehen noch günstig sind.

Breites Sortiment an Lichtpaus- und Übertragungspapieren
für jedes Verfahren.

Maschinen und praktische Arbeitshilfen
für das Strich- und Schablonenverfahren

Prompter Lichtpausservice,
falls Sie Ihre Schnittbildpausen nicht selber herstellen wollen

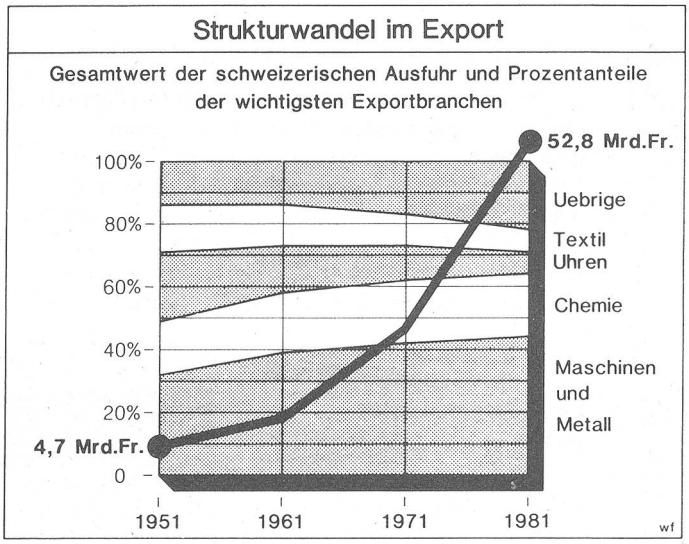
Computer-Gradier- und Schnittbild-Service
Komplettes EDV-Dienstleistungsangebot, umfassend:
- Mithilfe beim Aufbau des Gradiersystems
- Schnittanalyse
- Schnittschablonen
- Schnittbilder

OZALID
denn jedes Licht hat seine Quelle

OZALID AG
Herostrasse 7
8048 Zürich
Telefon 01/62 71 71

Die Richtlinien, die wir in der Schweiz befolgen sollten, sind einfach; sie haben sich auch schon in der Vergangenheit bewährt. Unsere Ausgangslage ist noch relativ günstig. Wichtig ist, dass zwischen den verantwortlichen Partnern, d.h. den Regierungen, Unternehmern und Gewerkschaften, Einigkeit über Zielsetzungen und Marschrichtungen besteht. Es ist ein Gesetz der Strategie, Zweifrontenkriege zu vermeiden. Wir stehen heute in einem Krieg an unserer wirtschaftlichen Aussenfront und können uns deshalb einen Krieg an der Innenfront ganz einfach nicht leisten.

Bedeutungsverlust der Uhren- und Textilbranchen



In den vergangenen drei Jahrzehnten hat der Wert der schweizerischen Warenausfuhr um mehr als das Elffache zugenommen, durchschnittlich um 8% pro Jahr. Infolge der unterschiedlichen Entwicklung der wichtigsten Exportbranchen hat sich dabei die Exportstruktur deutlich gewandelt. «Hauptverlierer» ist die Uhrenindustrie, deren Anteil am Gesamtexport enfangs der fünfziger Jahre noch über ein Fünftel betrug. Seither – und nicht erst seit zehn Jahren! – hat der Uhrenanteil kontinuierlich abgenommen bis auf weniger als 7% im ersten Halbjahr 1982. Einen ähnlichen, wenn auch weniger dramatischen Anteilsverlust hat die Textil- und Bekleidungsbranche hinnehmen müssen: vor dreissig Jahren trug sie 15% zur Gesamtausfuhr bei, heute lediglich 7%. Stark erhöht hat sich dafür der Anteil der Maschinen- und Metallindustrie (ohne Uhren), nämlich von 32% 1951 auf 44% 1981. Damit ist auch das Gewicht der Investitionsgüterexporte zulasten der Konsumgüterexporte gestiegen. Die chemische Industrie hat bis in die frühen sechziger Jahre an Bedeutung gewonnen; danach hat sich ihr Exportanteil bei einem Fünftel stabilisiert. Schliesslich fällt der grössere Exportbeitrag der übrigen Exportzweige auf – dabei gehört die darin enthaltene Nahrungs- und Genussmittelindustrie ebenfalls zu den Branchen mit rückläufigem Anteil (1981: 3%). Dies ist Ausdruck einer zunehmenden Diversifikation des Exportangebots, was angesichts der schwierigeren Absatzbedingungen positiv zu werten ist.

Länger anhaltende Stagnation?

Nach dem «Zwischenhoch» von 1979/80 – im vorletzten Jahr war das Bruttoinlandprodukt preisbereinigt gar um 4½% gestiegen – mussten im Verlauf von 1981 zunehmend Wachstumsschwächen hingenommen werden. Das sowohl erwartete wie befürchtete «Nullwachstum» wurde dann nach Lesart des Bundesamtes für Statistik im ersten Quartal 1982 Tatsache, und zwar erstmals wieder seit bald vier Jahren. Neu sind jetzt die Zahlen für das zweite Vierteljahr verfügbar, und sie bestätigen den Trend.

Gemäss den Bundesstatistikern hat die inflationsbereinigte Wertschöpfung unserer Wirtschaft in den Monaten April bis Juni im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode um 0,4% abgenommen. Die Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung – sie publiziert ebenfalls vierteljährliche Zahlen – kommt auf die gleiche Grössenordnung, allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen. Wer auch immer näher bei der Wahrheit liegen mag, der gemeinsame Nenner ist klar: die Schweizer Wirtschaft befindet sich in einer Phase der Stagnation. Stützt man sich auf die Berner Zahlen, resultiert für das erste Semester 1982 ein leichter Rückgang des realen Inlandproduktes von 0,2%, und der Rest des Jahres wird für noch schlechtere Werte sorgen. Damit werden etliche der um die Jahreswende 1981/82 abgegebenen Prognosen Lügen gestraft, hat doch damals die Mehrzahl der Auguren Veränderungsraten von null und darüber vorausgesagt.

Auch die Basler Arbeitsgruppe hat unterdessen die Hefte revidiert. Rechnete sie im Herbst 1981 für dieses Jahr noch mit einem unveränderten Bruttosozialprodukt im Verhältnis zur Vorperiode (immer reale Werte), sagt sie nun einen Rückgang um 0,9% voraus; für das nächste Jahr wird sogar eine Schrumpfung um 1,3% befürchtet. Falls diese Schätzungen auch nur einigermassen zutreffen, müssen wir mit einer länger anhaltenden Rezession rechnen als ursprünglich angenommen. Drei Gründe werden angeführt: 1. Verzögerter Aufschwung im Ausland; 2. geringere Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie (Frankenaufwertung gegenüber wichtigen Handelspartnern, Lohnanstieg, preisempfindlichere Auslandnachfrage); 3. unfreiwilliger Lageraufbau heute, was die Produktion von morgen dämpft.

Bei derartigen Aussichten, die freilich auch nicht dramatisiert werden sollten, kommt den berühmten und so oft zitierten Rahmenbedingungen für die Wirtschaft eine umso höhere Bedeutung zu. Sie zu verschlechtern – diesbezügliche Vorschläge liegen leider zu Haufen auf dem Tisch – müsste sich längerfristig ohne Zweifel rächen.